

Die energiepolitische Auseinandersetzung

Ulrich Kelber, Hubertus Heil, Rolf Hempelmann

8. September 2010

Was die schwarzgelbe Regierung vorhat

Die Katze ist aus dem Sack: Schwarzgelb will alle Atomkraftwerke in Deutschland länger laufen lassen. Das so genannte Energiekonzept der schwarzgelben Regierung ist rückwärtsgewandt und bleibt jenseits der Atompolitik unkonkret oder unglaubwürdig. So stehen die Absichtserklärungen im Bereich der Gebäudesanierung im Widerspruch zur aktuellen Politik des Kürzens und Streichens von Förderprogrammen. Andere Maßnahmen greifen Vorschläge der SPD auf, die CDU/CSU während der großen Koalition noch verhindert hat. Eine detaillierte Stellungnahme haben wir ins Intranet eingestellt.

Hinweis

Auf Intranet- und Internet-Angebot der Bundestagsfraktion zahlreiche detaillierte Papiere, Broschüren und Pressemitteilungen zum Thema

Auf der Klausur wird allen Mitgliedern der Entwurf des „Energiekonzepts der SPD-Bundestagsfraktion“ der AG Energie zur Verfügung gestellt.

Der SPD-Parteivorstand hat eine Kommission eingerichtet, die für den Parteitag 2011 ein „Energiekonzept der SPD“ vorbereiten wird.

18. September, Berlin

**Großdemonstration gegen
die schwarzgelbe Energiepolitik**

Unsere (Haupt-)Kritikpunkte an Schwarzgelb

- **Schwarzgelb hat schon bei den „Gutachten“ für das „Energiekonzept“ getrickst**

Der Sachverständigenrat der Bundesregierung(!) für Umweltfragen nennt die Vorgaben für die „Gutachten“ „tendenziös und unwissenschaftlich“. Schwarzgelb hat z.B. festgelegt, dass die Szenarien mit Laufzeitverlängerung mehr Klimaschutz- und Energieeffizienzmaßnahmen enthalten als das Szenario mit Atomausstieg. Der Leiter des Gutachter-Instituts EWI hat eine von RWE und EON bezahlte Stiftungsprofessur und der EWI-Förderverein hat acht Millionen Euro leistunglos von RWE und EON erhalten.

- **Schwarzgelb richtet gesamte Energiepolitik an der Bedienung der Atomlobby aus**

Bis heute hat es keine Einbindung der Wissenschaft, der Verbände oder der Politik in die Erarbeitung des eigentlichen „Energiekonzepts“ gegeben. Stattdessen hat die Regierung am Sonntag vorab festgelegt, dass die Atomkraftwerke von RWE, EON, Vattenfall und EnBW wesentlich länger betrieben werden sollen. Alle anderen Fragen wie Netze, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung, Rolle der Stadtwerke etc. müssen sich daran ausrichten. Die Bedienung der Atomlobby ist zentrales Element schwarzgelber Energiepolitik.

- **Schwarzgelb gefährdet Ausbau der Erneuerbaren Energien**

Das „Energiekonzept“ lässt viele wichtige Aspekte vermissen, z.B. den Systemkonflikt zwischen Erneuerbaren Energien und Atomenergie in der Stromversorgung, der Experten Sorge macht. Deutschland braucht auf dem Weg in die Energiezukunft Kraftwerke, die ihre Leistung schnell zum Ausgleich für die schwankende Einspeisung von Wind und Sonne verändern können und auch einmal für Stunden oder Tage ganz vom Netz gehen. Das können Atomkraftwerke nicht, was den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv behindern und verlangsamen wird. Schwarzgelb plant auch keine Förderung von flexiblen Kraftwerken, geplante Fördergelder fließen in Großkraftwerke und Offshore-Windparks von EON, RWE & Co.

- **Schwarzgelb verscherbelt Sicherheit**

Das Öko-Institut hat nachgerechnet: Nur ein Viertel der Zusatzgewinne aus der Laufzeitverlängerung müssen die Atomkonzerne abführen. Die Zusatzgewinne aus dem europäischen CO₂-Handel dürfen sie ganz behalten. Selbst die ältesten Atommeiler sollen noch Jahre ohne wesentliche Verbesserungen der Sicherheit am Netz bleiben. Für den Fall eines Vertrags statt eines Gesetzes zur Abgabe nach 2016 droht die Unabhängigkeit der Atomaufsicht verloren zu gehen, da deren Entscheidungen dann finanzielle Auswirkungen auf den staatlichen Haushalt haben könnten.

- **Schwarzgelb bricht Verfassungsrecht**

Die Gutachten des früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Hans-Jürgen Papier (CSU) und anderer Rechtsexperten machen deutlich, dass der Bundesrat einer Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken zustimmen muss. Da Schwarzgelb dort die Mehrheit fehlt, soll der Bundesrat umgangen werden. SPD-geführte Bundesländer und die Bundestagsfraktion bereiten sich gegen diesen und andere mögliche verfassungswidrige Überlegungen von Schwarzgelb auf eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht vor.

- **Schwarzgelb verhindert fairen Wettbewerb und günstige Preise**

Die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke zementiert auf Jahrzehnte das teure Monopol der vier großen Energiekonzerne, das die Verbraucher und Unternehmen mit überzogenen Energiepreisen bezahlen. Selbst die durch Schwarzgelb massiv zugunsten der Atomenergie

manipulierten „Gutachten“ zum „Energiekonzept“ gehen durch den schwarzgelben Kurs am Ende von vergleichbaren oder gar höheren Energiepreisen als bei einem Atomausstieg aus.

Die energiepolitische Position der SPD

- **Effizienz als Grundvoraussetzung**

Mehr Wohlstand aus immer weniger Ressourceneinsatz: Wir setzen auf eine Effizienzrevolution in Haushalten, in der Stromerzeugung und in der industriellen Produktion. Den Energieverbrauch zu senken, ist auch Teil der Strategie zur Begrenzung der Energiekosten.

- **Unsere Antwort auf steigende Energiepreise**

Angesichts weltweit steigender Nachfrage nach endlichen fossilen Ressourcen sind weiter steigende Energiepreise zu erwarten. Wir bieten eine nachhaltige Antwort darauf, in dem wir auf die Verringerung unserer Energieverbräuche und den Ausbau erneuerbarer Energien setzen. Auf diese Weise reduzieren wir teure Rohstoffimporte. Für finanzschwache Haushalte sehen wir besondere Hilfestellungen im Rahmen eines Energieeffizienzfonds vor. Die Wärmedämmung von Mietwohnungsgebäuden wollen wir wesentlich attraktiver machen.

- **Vollständige Dekarbonisierung bis 2050**

Deutschlands Beitrag zum Klimaschutz bedeutet, bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990 bis zu 95% der Treibhausgasemissionen zu vermeiden. Diese Ziele und Zwischenziele wollen wir in einem Nationalen Klimaschutzgesetz verankern, um Unternehmen, Bundesländern und den Fachressorts der Bundesregierung verlässliche Grundlagen zu bieten.

- **Deutschlands Zukunft als Industriestandort**

Mit dem Umbau unserer Energieerzeugungsstruktur und dem bewussten Umgang mit Ressourcen erhalten wir Arbeitsplätze. Außerdem bringen wir den Aufbau neuer Wertschöpfung voran, indem wir die neue Technologien ausbauen und unsere hervorragende Wettbewerbsposition auf den Leitmärkten der Zukunft stärken.

- **Die Energieversorgung der Zukunft ist dezentral und erneuerbar**

Unsere Stromversorgung soll spätestens 2050 vollständig auf erneuerbaren Energien beruhen. Auch Wärmeerzeugung, Kälteversorgung und Mobilität werden wir vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen. Wir unterstützen die Rekommunalisierung von Energieinfrastruktur, da die Energieversorgung der Zukunft weitgehend dezentral erfolgen muss. Der dadurch entstehende Wettbewerb zu den heutigen Monopolisten wird für faire Energiepreise sorgen.

- **Modernisierung des fossilen Kraftwerksparks**

Wir wollen eine Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks, die sich am Emissionsminderungspfad des Klimaschutzgesetzes orientiert. Wir setzen dabei vor allem auf kleinere und mittlere Kraftwerksgrößen sowie Kraft-Wärme-Kopplung. Wir brauchen wirksame Regelungen zur Abschaltung ineffizienter Altanlagen und stellen im Hinblick auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien hohe Anforderungen an die Regelbarkeit konventioneller Erzeugungsanlagen.

- **Wir stehen zum Atomausstieg**

Laufzeitverlängerungen zementieren das Oligopol am Erzeugungsmarkt, bremsen neue Wettbewerber sowie den Umbau unserer Energieversorgung und erhöhen das

Atommüllaufkommen, mit dem wir künftige Generationen belasten. Wir bleiben beim vereinbarten Atomausstieg und fordern die Einführung einer Brennelementesteuer, die Mitnahmegewinne der Atomkraftwerksbetreiber gegenüber dem Emissionshandel unterliegender Erzeugung abschöpft.